



Antrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, SPD und SSW

Sozialversicherungspflicht im Bereitschaftsdienst aufheben

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich weiterhin auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass sogenannte „Poolärzte“ analog zu den Notdienstärzten im Rettungsdienst von der zusätzlichen Sozialversicherungspflicht befreit werden. Das gilt für Einnahmen von Ärztinnen und Ärzten sowohl aus bestehenden als auch aus neu aufzunehmenden Tätigkeiten im Rahmen des kassenärztlichen Notdienstes. Aufgrund der gerichtlichen Entscheidung steht zu befürchten, dass im Anschluss an die vorsorgliche Kündigung der Kassenärztlichen Vereinigung eine flächendeckende Versorgung im Bereitschaftsdienst in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein nicht mehr wie gewohnt aufrechterhalten werden kann. Auch, wenn diese an Lösungen arbeitet, bedarf es einer sozialversicherungsrechtlichen Anpassung der Rahmenbedingungen, um weitere Einschränkungen zu vermeiden.

Begründung:

Eine flächendeckende und gute medizinische Versorgung auch außerhalb der regulären Sprechstundenzeiten ist für die Gesundheit von Patientinnen und Patienten von enormer Wichtigkeit. Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, für Einnahmen der Ärztinnen und Ärzte aus dem kassenärztlichen Notdienst eine gesetzliche Ausnahme von der Sozialversicherungspflicht ähnlich der bereits existierenden Ausnahmen für Notärzte (§ 23c Abs. 2 SGB IV) sowie Einnahmen aus ärztlichen Tätigkeiten in Impfzentren (§ 130 SGB IV) zu schaffen. Eine solche Ausnahme ist zur Aufrechterhaltung des kassenärztlichen Notdienstes in den Bereitschaftspraxen notwendig und sorgt dafür, dass die medizinische Versorgung weiterhin gesichert ist. Dabei sind die sogenannten „Poolärzte“ Ärztinnen und Ärzte,

die in Schleswig-Holstein nicht niedergelassen sind, aber auf freiwilliger Basis Dienste im Ärztlichen Bereitschaftsdienst leisten.

Hauke Hansen
und Fraktion

Jasper Balke
und Fraktion

Dr. Heiner Garg
und Fraktion

Birte Pauls
und Fraktion

Christian Dirschauer
und Fraktion